



LANDKREISTAG: BUND IST GEFORDERT, DIE WEITERE SCHULSOZIALARBEIT ÜBER DAS JAHR 2013 HINAUS ZU SICHERN

Herford , den 13.03.2013

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport des Landkreistages Nordrhein-Westfalen hat in seiner heutigen Sitzung im Kreis Herford die bisherigen Erfahrungen der Kreise mit der weiteren Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche und deren Finanzierung erörtert. Mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“) und anderen Sozialgesetzen hatte sich der Bund Anfang 2011 zugleich verpflichtet, zunächst befristet auf drei Jahre zusätzliche Schulsozialarbeit zu finanzieren. Der Ausschuss hat die Landesregierung aufgefordert, sich gemeinsam mit anderen Ländern gegenüber dem Bund für eine Entfristung dieses wichtigen Bausteins des Bildungs- und Teilhabepaketes einzusetzen.

„Die weitere Schulsozialarbeit leistet nach unseren Praxiserfahrungen in den vergangenen zwei Jahren einen wesentlichen Beitrag, um die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen, deren Familien Sozialleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen, zu verbessern“, so der Ausschussvorsitzende, Landrat Dr. Arnim Brux, Ennepe-Ruhr-Kreis.

Schwerpunkt dieser Schulsozialarbeit sind neben einer gezielten Heranführung der Kinder und Jugendlichen an die Leistungen für Bildung und Teilhabe auch vielfältige Angebote für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Die Organisation individueller Lernförderung ist dabei nur ein Teilaspekt. Diese zusätzliche Schulsozialarbeit hat sich in den Kreisen in NRW auch als Präventionselement uneingeschränkt bewährt. Sie erreicht und unterstützt Kinder und Jugendliche nicht nur durch den unmittelbaren Zugang im Schulalltag, sondern trägt dazu bei, Hürden für deren gesellschaftliche Teilhabe abzubauen.

Die bisherigen Erfahrungen machen deutlich, dass eine gezielte individuelle Ansprache und Information unverzichtbar ist, um beispielsweise den Weg in Angebote der örtlichen Sportvereine aufzuzeigen.

Allerdings sind diese Angebote aufgrund der befristeten Finanzierungszusage des Bundes nur für drei Jahre gesichert und werden ohne ein entsprechendes Signal des Bundes im Laufe des Jahres 2014 auslaufen. Die Kreise in NRW haben bereits im Jahr 2011, als das Leistungspaket im Vermittlungsausschuss in Berlin geschnürt worden war, deutlich gemacht, dass keine finanziellen Spielräume bestehen werden, um nach einem Rückzug des Bundes aus der Finanzierung die weitere Schulsozialarbeit künftig selbst zu finanzieren.

„Wir rufen daher die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund für eine Entfristung der Finanzierung der weiteren Schulsozialarbeit einzusetzen. Wir brauchen ein Signal, dass die aufgebauten Strukturen im Interesse sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler nicht gefährdet werden“, erklärt Landrat Dr. Arnim Brux unter Hinweis auf die Beratungen des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport des Landkreistages im Kreis Herford.

Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen (LKT NRW) ist der kommunale Spitzenverband der 30 Kreise des Landes NRW und der Städteregion Aachen mit rund 11 von landesweit insgesamt 18 Millionen Einwohnern.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Pressesprecherin Dr. Andrea Garrelmann
Tel. 0211.300491.320, Fax: .5220, E-Mail: presse@lkt-nrw.de.



Sie sind angemeldet im Mitgliederbereich als
Bornheim

Mitteilungen - Jugend, Soziales und Gesundheit

StGB NRW-Mitteilung 301/2013 vom 17.04.2013

Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW) hat mit Presseerklärung vom 11.04.2013 die Bundesregierung aufgefordert, die Finanzierung der Schulsozialarbeit auch über das laufende Jahr hinaus fortzusetzen. Die Bedeutung von Bildung sei enorm, weil sie über die Zukunft der Kinder entscheide – deshalb bräuchten insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien besondere Unterstützung, um eine Lebensperspektive aufbauen zu können. Die Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter würden hier eine hervorragende Arbeit leisten.

Der Bund stelle den Kommunen in NRW seit 2011 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket jährlich rund 100 Mio. Euro für Schulsozialarbeit zur Verfügung. Mit dem Geld würden bis zu 1.600 Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter beschäftigt. Das Geld hierfür solle aber nur noch bis Ende 2013 fließen. Nach Mitteilung des MAIS NRW sollen nach dem Willen der Bundesregierung anschließend die Kommunen die Finanzierung übernehmen.

Die Bundesregierung müsse die Finanzierung unbefristet fortsetzen, die Städte und Gemeinden könnten dies nicht leisten. Minister Schneider erklärte hierzu, dass an den Schulen eine spürbare Verbesserung festzustellen sei, wenn dort Sozialarbeit geleistet werde. Die Sozialpädagogen übernehmen Aufgaben, die die Lehrerinnen und Lehrer allein nicht leisten könnten. Streiche die Bundesregierung künftig die Gelder, würden viele Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen ihre Arbeit verlieren. Verlierer seien auch diejenigen, die sich am wenigsten wehren könnten – die Schülerinnen und Schüler.

Die Geschäftsstelle unterstützt nachdrücklich die Forderung des MAIS NRW zur unbefristeten Fortsetzung der Finanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes durch den Bund.

Az.: III/2 810-2

© 2013 Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen